Ein Drei-Parteien-System

Frankreich nach den Departementswahlen

Günter Müchler*

» Die Zunft der Meinungsforscher blamiert sich. Sozialisten und Rechtsextreme stehen vor einem Rätsel. Und die neogaullistische UMP unter ihrem neuen Parteichef Nicolas Sarkozy überrascht sich selbst. Die Departementswahlen Ende März hatten es wahrhaft in sich.

Mutation

Les résultats des élections départementales de mars 2015, marquées par une réforme du mode de scrutin des anciennes cantonales, ont surpris les observateurs, et surtout les instituts de sondages.

Principal enseignement du scrutin : l'échiquier politique français est en pleine mutation, sans que l'on puisse dire ce que sera l'avenir du pays, du moins jusqu'aux élections régionales du mois de décembre, qui sera un nouveau test pour le gouvernement. Trois formations devront désormais préciser leur stratégie dans l'optique des présidentielles de 2017. Réd.

Gerechnet hatte man nicht zuletzt mit einem Beteiligungsdesaster. Nach den Kommunalwahlen und den Europawahlen im letzten Jahr wurden die Französinnen und Franzosen schon zum dritten Mal innerhalb von zwölf Monaten an die Wahlurnen gerufen. Selbst für prinzipienfeste *citoyens* war die Versuchung groß, sich für überfordert zu erklären, zumal der Preis, um den es ging, nicht recht zu erkennen war.

Man erinnere sich: Ursprünglich sollten die Departements aufgelöst werden, nicht jetzt zwar, aber in einigen Jahren. So hatten es die Gebietsreformer der Regierungsmehrheit ursprünglich angekündigt. Dann kam die Kehrtwende: Nun will man die Departements, eine Errungenschaft der Revolution von 1789, doch am Leben erhalten. Unklar ist allerdings vorerst, welche – neben Straßenbau und Schulen – Kompetenzen, die erstmals zwangsweise pärchenhaft (Frau, Mann) zu wählenden *conseillers* im künftigen Territorialgewebe haben werden.

Bei so viel Nebel und Besonderheiten (Paris und Lyon, die bevölkerungsreichsten Städte, nahmen am Urnengang gar nicht teil) wäre ein neuer Rekord der Nichtbeteiligung an der Wahl keine Überraschung gewesen. Statt dessen gab immerhin die Hälfte der Wahlberechtigten die Stimme ab. Die Partei der Nichtwähler blieb zwar stärkste Kraft im Land, schrumpfte aber verglichen mit den Wahlen des Jahres 2011 (damals noch Kantonalwahlen genannt) um rund 6 % auf 49,4 % (im ersten Wahlgang).

Damit war schon die erste Vorhersage der Meinungsforscher Makulatur. Ähnlich erging es der zweiten: Die meisten Eingeweidebeschauer hatten den *Front National* (FN) nach dessen stupendem Erfolg bei den Europawahlen ganz vorn gesehen. In Wirklichkeit gewann die mit den zentristischen Parteien UDI und MoDem verbündete rechtsrepublikanische UMP, und zwar deutlich. Die regierenden Sozialisten wurden auf Platz drei verwiesen, konnten aber eine Katastrophe vermeiden, auch dies entgegen mancherlei Vorhersagen.

Eindeutig war die Botschaft nur für die *Ecolos* und den *Front de Gauche*. Die Linkspartei unter Jean-Luc Mélenchon bestätigte mit 6 % im ersten Wahlgang ihre relative Stabilität. Die Grünen wurden mit 2 % auf eine *quantité négligeable* reduziert. Den „Großen Drei" hingegen servierten die *Départementales* lauter Denksportaufgaben.

* Dr. Günter Müchler lebt in Frankreich, er ist freier Journalist und Autor.

Der ***Front National***: Einerseits realisierte die Bewegung Marine le Pens ihr mit Abstand bestes Ergebnis auf Departementsebene. Es bestätigte sich, daß der FN sich inzwischen flächendeckend eingegraben hat und in allen Milieus präsent ist. Andererseits erwies sich Marine le Pens Zielansage – stärkste Partei zu werden – als weitaus zu optimistisch. Der Balken des FN im Prozente-Diagramm blieb im ersten Wahlgang bei 25 % stehen. UMP/UDI/Modem brachten es auf 4 % mehr.

Die 21 %, die die **Sozialisten** im ersten Wahlgang erreichten, lassen sich bewerten wie das sprichwörtliche Glas Wasser: Das Glas ist halb voll, nimmt man als Orientierungspunkt die Dynamik der zurückliegenden drei Jahre, die auf das Erreichen immer neuer Tiefststände hinzulaufen schien. Eine Bestätigung für Ministerpräsident Manuel Valls? Ein erster Ertrag der zarten Indikatoren des wirtschaftlichen Aufschwungs? Man kann es auch anders sehen: Drei elektorale Bewährungsproben hatten die Sozialisten bisher seit dem Einzug von François Hollande in den Elysée zu bestehen. Auch die vierte endete mit einer krachenden Niederlage. Die Sozialisten behielten ihre Mehrheit nur in 34 Departements, 27 Departements gingen verloren, darunter auch die Corrèze und Essonne, wo Präsident François Hollande beziehungsweise Ministerpräsident Manuel Valls zu Hause sind.

Die **UMP**: Sie ist sich selbst ein Rätsel. Als Oppositionskraft gegen eine dauerhaft schwache Regierung konnte sich Nicolas Sarkozy bei den Vorwahlen als Parteichef durchsetzen, ausgestanden ist er nicht. Die von Sarkozy angekündigte Erneuerung der Partei war von vornherein für die Zeit nach den Departementswahlen geplant. Dementsprechend enthielt der Warenkorb der UMP nichts Neues, keine Sonderangebote, keine neue Verpackung. Und trotzdem kamen x Kunden in Scharen. Im zweiten Wahlgang wurde, gestützt durch den Effekt des Mehrheitswahlrechts, das Ausmaß des Erfolges deutlich. Die UMP beherrscht jetzt zwei Drittel der Departements (66 von 101). Auf Frankreichs politischer Landkarte, die nach dem Machtwechsel 2012 tiefrot eingefärbt war, dominiert jetzt wieder die Farbe blau – die der bürgerlichen Partei.

Ein strategisches Problem

Der zweite Wahlgang war für den FN eine Enttäuschung. In vier Departements (Var, Gard, Vaucluse, Aisne) hatte man zur Eroberung angesetzt. Alle vier hielten dem Angriff stand. Die Gesamtrechnung des Wahlgangs ist paradox: Der Rekordzahl von insgesamt 62 Ratsmitgliedern in den Departements (bisher nur 1) steht die ernüchternde Tatsache gegenüber, dass die extreme Rechte auch künftig kein einziges Departement unter Kontrolle hat. Die Tripolarität Frankreichs, die man nach dem ersten Wahlgang mancherorts als das eigentlich Neue zu erkennen glaubte, erwies sich nach dem zweiten Wahlgang als *trompe l'œil*.

Jean-Marie, Marine, Marion

Kurz nach den Departementswahlen wiederholte der 87-jährige Parteigründer und FN-Ehrenvorsitzende Jean-Marie Le Pen seinen früheren umstrittenen Satz, wonach die Gaskammern nur *„ein Detail der Geschichte"* gewesen seien. Prompt und heftig reagierte seine Tochter und FN-Vorsitzende Marine. Der Vater verzichtete auf eine Kandidatur bei den nächsten Regionalwahlen in der südfranzösischen Region Provence-Alpes-Côte d'Azur (PACA) zugunsten seiner Enkelin Marion Maréchal-Le Pen. Bei der traditionellen Jeanne-d'Arc-Ehrung am 1. Mai in Paris überraschte der Großvater seine Tochter mit einem nicht geplanten Auftritt. Die Parteispitze legte daraufhin seine Mitgliedschaft auf Eis. Ein außerordentlicher Parteitag soll im Sommer über ein Ende des Ehrenvorsitzes von Jean-Marie Le Pen abstimmen. G. F.

Für Jérôme Sainte-Marie, Präsident des politologischen Beratungsinstituts *PollingVox*, ist Marine le Pen bei den Departements-Wahlen nicht gescheitert, aber der Auftrieb der Bewegung *bleu marine* ist gebremst worden. Es habe sich gezeigt, dass deren *„Entdämonisierung nicht von einem entsprechenden Zuwachs an Glaubwürdigkeit begleitet"* sei. Mit anderen Worten: Der *Front National* hat ein strategisches Problem, das bei den Wahlen offenbar wurde. Mit der Diffamierung des Systems der Fünften Republik unter dem propagandisti-

schen Signum „UMPS“ hat der FN angesichts der verbreiteten Unzufriedenheit im Land zwar punkten können. Zugleich aber beraubt der Konfrontationskurs die Partei auf lange Sicht jedweder Allianz-Möglichkeit. Partnerlosigkeit ist bei dem Wahlrecht, das in Frankreich bei fast allen Wahlen gilt, so gut wie gleichbedeutend mit Chancenlosigkeit. Solange es dem FN nicht gelingt, Bündnispartner zu finden, kann er zulegen, ohne jemals zu siegen.

Die Anstrengungen Marine le Pens, die UMP zu spalten oder gar zu zerstäuben, sind jedenfalls vorerst gescheitert. Offenbar ist ein Programmangebot, das jenseits des „französischen Frankreich“ aus wirtschaftspolitischen Vorstellungen besteht, die bei den Linken (*Front de Gauche*) abgeschrieben sein könnten, und die außenpolitisch auf Bundesgenossen wie den russischen Präsidenten Putin und die irrlichternde neue Athener Regierung setzt, für die Masse der rechtsbürgerlichen Wähler nicht ansprechend genug.

Isoliert wie er ist, wachsen für den *Front National*, anders als vielfach angenommen, die Bäume also nicht in den Himmel. Auf den FN dürften deshalb in nächster Zeit ernsthafte strategische und programmatische Debatten zukommen. Der Bruch zwischen der Parteivorsitzenden Marine Le Pen und ihrem Vater und Parteigründer Jean-Marie Le Pen ist ein erstes Signal.

Eine Parteienlandschaft in Bewegung

Schwer vorherzusagen ist die Entwicklung bei den Sozialisten. Zweifellos tritt Ministerpräsident Manuel Valls tatkräftiger auf als sein Vorgänger Jean-Marc Ayrault. Die Regierung hat die Terroranschläge von Anfang Januar, die das ganze Land tief erschütterten, gut bewältigt. François Hollande, der Präsident der Republik, konnte seither in den Sympathiewerten zulegen. Allein, der von Manuel Valls so gern beschworene „*Geist des 7. Januar*“ hat sich in den Niederungen der sozialistischen Partei nicht wirklich eingenistet. Die Partei ist fundamental gespalten. Das zeigte sich mit besonderer Deutlichkeit beim Liberalisierungsgesetz (*loi Macron*), das Valls nur deshalb durchbekam, weil er es aus den normalen parlamentarischen Prozeduren herausnahm. Die linken Traditionskompa-

Soulagements et interrogations

La presse allemande a réagi aux départementales de mars 2015 par une analyse des prochaines présidentielles de 2017. La peur de voir Marine Le Pen accéder à la plus haute marche du pouvoir dans deux ans a été atténuée par le score plus faible que prévu des élus du Front National. Mais la réforme de ce scrutin a semé le trouble chez la plupart des commentateurs : il est vrai que les éditorialistes ont eu quelque difficulté à comprendre pourquoi les cantons étaient devenus des conseils départementaux et les conseillers généraux des conseillers départementaux sans que l'on sache véritablement le rôle qu'ils devraient jouer désormais dans le cadre d'une restructuration des régions qui sera au centre des prochaines élections de décembre 2015.

La presse allemande retient surtout la faible participation, malgré l'originalité d'un scrutin qui contraignait les partis à présenter pour la première fois des candidats en binôme – une parité qui ne s'est pas traduite par un équilibre homme-femme lors de l'élection des présidents de conseils départementaux.

Dans leur ensemble les commentateurs résument les départementales à quelques faits sans fournir de plus amples explications sur ces résultats : à savoir que le parti socialiste n'a pas la faveur des électeurs, que le Front National arrivé en seconde position au nombre de voix reste quantité négligeable au nombre de sièges et que Nicolas Sarkozy semble ne réussir son retour en politique qu'avec le soutien de certaines formations centristes. François Hollande, élu par refus de Nicolas Sarkozy en 2012, pourrait être battu en 2017 pour les mêmes raisons, cette fois au profit de l'ancien président – *« un signal catastrophique pour la France qui a besoin d'une nouvelle dynamique avec un personnel nouveau et non d'un retour des égomanes »*, estiment par exemple les *Nürnberger Nachrichten.*

François Talcy

nien mit der im Rathaus von Lille schmollenden Ex-Patronin der Partei und Erfinderin der 35-Stunden-Woche, Martine Aubry, im Hintergrund haben die sozialdemokratische Wende Hollandes nicht verdaut. Sie halten diese unverändert für Teufelswerk und werden Valls' Reformpolitik auf dem Parteikongress in Poitiers (Anfang Juni 2015) für die Niederlage bei den Departementswahlen verantwortlich machen. Nicht wenige Beobachter halten momentan die Sozialisten eher für von Spaltung bedroht als die Konservativen.

Indessen ist der häusliche Frieden auch bei der republikanischen Rechten nicht garantiert. Sarkozys innerparteiliche Konkurrenten Alain Juppé, François Fillon und Bruno le Maire hielten sich in den Wochen vor den Wahlen auffallend zurück. Sie konnten es, weil der neue Parteichef seine Karten noch nicht auf den Tisch legte. Nicolas Sarkozys Schonzeit ist mittlerweile vorbei. Die Wahlen haben ihm für die versprochene Neuausrichtung der Partei Rückenwind gegeben, wenngleich auch andere mit durchaus guten Gründen einen Anteil an dem Erfolg beanspruchen können. So gingen die moderate politische Artikulation im Wahlkampf und die starke Betonung der Partnerschaft mit den Zentristen, die bei der Wählerschaft augenscheinlich gut ankamen, wohl nicht zuletzt auf Alain Juppé zurück.

„Noch nie in der Geschichte der Fünften Republik hat unsere politische Familie einen solchen Erfolg in den Departements erzielt", triumphierte der bei der letzten Präsidentenwahl an François Hollande gescheiterte Nicolas Sarkozy und sprach von einer *„neuen Hoffnung für Frankreich"*, womit er zweifellos sein Comeback bei der nächsten Präsidentschaftswahl 2017 meinte. Aber bis dahin ist es noch ein weiter Weg.

Frankreichs Parteienlandschaft ist in Bewegung. Das ist die einzige belastbare Aussage, die man nach den *Départementales* treffen kann. Wohin die Richtung geht, wird man vielleicht im Dezember wissen – bei den *Régionales*, den Regionalwahlen mit dem bisherigen Mischsystem aus Mehrheits- und Verhältniswahl.

Departementswahlen am 22. und 29. März 2015

Wahlberechtigte	42 693 564			
	1. Wahlgang	**2. Wahlgang**		
Wähler	21 420 527	20 160 862		
Wahlbereiligung	50,17 % (+13,2 %	49,98 % (–0,4 %)		
***Conseils* (früher: *Cantons*)**	2 054 (früher 4 055)	***Conseillers***	4 108 (früher: 4 055)	
			Sitze	**Parteien**
Bürgerliche Parteien	7 413 333 36,6 % 230 Sitze	8 322 958 45,03 % 2 166 Sitze	2 396	Davon: UMP 1 080 UDI 364 MoDem 48
Linke Parteien	7 441 729 36,7 % 66 Sitze	5 939 339 32,12 % 1 533 Sitze	1 597	Davon: PS 954 PC 121 Front de Gauche 19 Grüne 35
Rechtsextreme Parteien	5 155 279 25,31 % 8 Sitze	4 121 255 22,30 % 58 Sitze	66	Davon: FN 62 Rechts-extreme 4
Verschiedene	271 065 1,33 % 4 Sitze	98 781 0,53 % 45 Sitze	49	

Quelle: *Ministère de l'Intérieur*